
Markt oder Macht?

Zum Stand der außenwirtschafts- und integrationstheoretischen Diskussion

Jürgen Bellers

1. Wissenschaftssoziologischer Vorspann

Entwicklungen im kognitiven Bereich, hier im speziellen: von wissenschaftlichen Theorien sind nicht nur wissens- und wissenschaftsimmanent zu erklären (innere Widersprüchlichkeit oder mangelnde Erklärungs- und Prognosekraft bisheriger Theorien = interner Faktor), sie sind ebenso (und mit dem Wissensinternen durchaus zusammenhängend) Folge von Änderungen in den sozioökonomischen Umweltverhältnissen und Erwartungen von Bezugsgruppen (externer Faktor).

Für die hier zu behandelnde Außenwirtschafts- und zwischenstaatliche Integrationstheorie sind – als externem Faktor – von großer Bedeutung der seit Mitte der siebziger Jahre weltweit heraufziehenden Weltwirtschaftskrisen, die vormalige – auch theoretische – Gewißheiten sukzessive zu erschüttern begannen. Sie ließen überhaupt erst die Bedeutung eines eigenen Politikfeldes „Außenwirtschaftspolitik“ deutlich werden, vor dem wurde es sowohl von der mathematisch-ahistorischen Volkswirtschaftslehre ignoriert¹ als auch von der institutionell ausgerichteten Politikwissenschaft.

Mit diesem Epochenschnitt ist auch ein Paradigmenwechsel in dem hier interessierenden Bereich zu erklären: Gingen die Erklärungsmodelle der sechziger und siebziger Jahre noch weitgehend von einem mehr oder weniger ökonomistischen Weltverständnis aus (sei es nun in der liberalistischen oder in der marxistischen Variante), so ist seit Ende der siebziger Jahre ein Vordringen von Ansätzen zu verzeichnen, die die Bedeutung des politischen Moments in Außenwirtschafts- und Integrationsprozessen hervorheben. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß z. B. in den Wirtschaftswissenschaften der liberalistische-harmonistische Theorieansatz auch nur relativiert wurde. Als These soll jedoch

hier behauptet werden, daß zumindest in den Sozialwissenschaften und insbesondere in der Politikwissenschaft das Verständnis für die Bedeutung politischer Implikationen und Interventionen in außenwirtschaftlichen Prozessen (bei besonderer Betonung des Einflusses von Nationalstaaten) gewachsen ist. Die ökonomischen Krisen der Gegenwart sind halt nicht mehr allein ökonomisch zu erklären.

An dieser paradigmatischen Wende orientiert sich die Gliederung dieses Beitrages. Weiterhin wird hier unter diesem Aspekt von einer Einheit von Außenwirtschafts- und Integrationstheorien ausgegangen, da die zeitgebundenen Grundherangehensweisen in beiden Bereichen ähnlich sind, wie im folgenden deutlich werden soll.

2. Die „ökonomistische“ Ära der sechziger und siebziger Jahre

2.1. Außenwirtschaftstheorien in der Nationalökonomie

Die Grundlage dieser Ansätze, Theoreme und Theorien stellt letztlich bis heute die liberale Außenhandelstheorie der klassischen Nationalökonomie dar, die sowohl empirisch als auch normativ (Freihandelsforderung) orientiert ist. Prinzipiell wird – nach Rose – unterschieden zwischen reiner Theorie in der Nachfolge von Ricardo, die die real- und güterwirtschaftlichen Verhältnisse zu erfassen versucht, und der monetären Theorie, die die internationale Geldzirkulation und damit zusammenhängende Mechanismen (Zahlungsbilanz) mit in die Betrachtung einbezieht. Die monetäre Theorie ist politisch realistischer als die reine Theorie, da sie Phänomene wie Zölle, negative Handelsbilanzen usw. mit zu erfassen vermag – Phänomene, die es nach der reinen Theorie und nach den von dieser angenommenen ständigen internationalen Ausgleichsprozessen auf der preislichen Ebene gar nicht geben dürfte.

Für die Entwicklung der Zahlungsbilanz (ob negativ oder positiv) werden dabei üblicherweise in der monetären Theorie drei Faktorenfelder angeführt:

- Sie ist Ergebnis unterschiedlicher Preiselastizitäten von Import und Export (Elastizitätsansatz).
- Sie ist Ergebnis von Entwicklungen im Einkommensbereich, die wiederum bedingt sind durch Import- und Exportprozesse (Absorptionsansatz).
- Sie wird erklärt durch die Rolle von ausländischen Geldreserven und anderen Wegen der Geldschaffung, was die Zinsen und das Preisniveau und damit den Außenhandel, Kapitalbewegungen und die terms of trade beeinflußt.

Fragen der monetären Auslandsbeziehungen spielen gegenwärtig in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion der Bundesrepublik deshalb eine besondere Rolle, weil eine Kontroverse darüber entstanden ist, ob die langjährige Unterbewertung der DM (bis zur Einführung des Floatens 1973) mit verantwortlich ist für die strukturelle Wirtschafts-

krise. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (E.-J. Horn) vertritt z. B. die These, daß die Unterbewertung die deutsche Wirtschaft lange Zeit protektionistisch geschützt habe, sodaß sie nun nicht mehr den sich ändernden Weltmarktverhältnissen angepaßt ist.

Zentral für die reine Theorie des Außenhandels war lange Zeit das Theorem der Produktion am komparativ kostengünstigsten Ort, das von Ricardo vor dem Hintergrund seiner Arbeitswertlehre entwickelt wurde: Jedes Land spezialisiert sich auf die Produkte, die es komparativ am kostengünstigsten herstellen kann, und handelt diese international. Langfristig entstehen international Gleichgewichtspreise.

Die arbeitswerttheoretischen Grundlagen Ricardos wurden durch Taussig und Viner preisgegeben und durch die Realkostentheorie und Substitutionskostenlehre ersetzt (opportunity costs).

Danach besteht die Gesetzmäßigkeit, daß bei unterschiedlichen Substitutionskosten Außenhandel erfolgt.

Unterschiedliche Substitutionskostenkurven (= Transformationskurven) sind Folge von Produktivitätsunterschieden und von unterschiedlicher Ausstattung der Länder mit Produktionsfaktoren.

Damit waren Anknüpfungspunkte für Heckscher und Ohlin mit ihrem Faktor-Proportionen-Theorem gegeben: ein Land wird sich auf die Produktion der Güter spezialisieren, bei deren Herstellung es auf bei ihm reichlich vorhandene Faktoren zurückgreifen kann (Arbeit, Kapital, usw.).

Die politischen Folgerungen aus dem liberalen Modell in all seinen Varianten lassen sich mit der Formel: „Welthandel nach dem Modell des Austausches“ umreißen, d. h. z. B. im Falle der Beziehungen Nord-Süd: Austausch von Fertigwaren gegen Rohstoffe. Konkret bedeutet das für die Entwicklungsländer: Ausbau eines exportorientierten modernen Sektors (Modernisierungs-, Dualismustheorien).

Mit der zunehmenden Entwicklung zu einem intra-industriellen Handel, d. h. zu einem Handel mit ähnlichen Produkten zwischen den Industrieländern selbst, wurde das Theorem der komparativen Kosten immer mehr relativiert. Denn nicht mehr die Kosten allein schienen über die Güterströme des internationalen Handels zu bestimmen. Auch die von Ricardo prognostizierten nationalwirtschaftlichen Spezialisierungsmuster kamen nur zum Teil zustande.

Zudem stellte Leontief das Heckscher-Ohlin-Theorem in Frage, indem er empirisch feststellte, daß der Arbeitsgehalt der US-Exporte höher als der der US-Importe ist. Erklärung nach Heckscher und Ohlin: hohes Ausbildungskapital bei amerikanischen Arbeitern.

In der Zeit bis heute wurden daher zusätzliche Faktoren zur Erklärung des internationalen Handels eingeführt: Außenhandel entsteht,

- weil bestimmte Produkte nur in hochindustrialisierten Staaten angefertigt werden können (Technologiegüter), andere wiederum überall (Ubiquitätsgüter) (mikro-ökonomischer Ansatz nach Vernon und Hirsch),
- weil eine technologische Lücke zwischen den Nationalstaaten und Handelsregionen besteht (Posner, Hufbauer),

- weil bestimmte Nationen über Entwicklungsvorteile und -potentiale umfassender Art verfügen (erweiterter komparativer Ansatz nach Lorenz),
- weil schöpferische Unternehmer und Nationen mittels eines Expansionswettbewerbs den Weltmarkt durchdringen (Schumpeter, Lemper),
- weil für bestimmte Produkte zunächst national und dann international eine große Nachfrage besteht, bzw. Sättigungsgrenzen erreicht werden (nachfrageorientierter Ansatz),
- weil hochtechnologisierte Produkte nur noch in großen Serien kostenoptimal hergestellt werden können, d. h. unter Einschluß der internationalen Märkte (economics of scale),
- weil angesichts steigender Einkommen ein ständig wachsender Bedarf nach Varianz und Vielfalt eines Produktes besteht, eine Vielfalt, die allerdings nicht mehr nur in einem Nationalstaat befriedigt werden kann, sondern intraindustriellen Handel erforderlich macht.

Insgesamt ist für die nationalökonomischen Außenhandelstheorien der siebziger und achtziger Jahre festzustellen, daß zwar – wissenschaftsbedingt – die ökonomischen Faktoren weiterhin im Mittelpunkt der Analyse stehen, daß sie jedoch immer weniger nur im Sinne von Kostengesichtspunkten interpretiert werden, sondern umfassend im Sinne einer weltwirtschaftlich optimalen Ausgestaltung des sozialen und ökonomischen (und selbst kulturellen) Potentials einer Gesellschaft. Damit sind direkte Anknüpfungspunkte für eine sozial- und politikwissenschaftliche Außenhandelstheorie gegeben.

2.2. (zwischenstaatliche) Integrationstheorien (I = Integration)

Die I-Theorien der fünfziger und sechziger Jahre sind im Grunde vom Außenhandels-Liberalismus und dessen Harmonievorstellungen bestimmt: Das gilt sowohl für den Funktionalismus eines Mitrany als auch für den Neo-Funktionalismus eines Haas, der vor allem für die EWG bedeutend war. Beide gehen von zunehmenden internationalen, funktionsbezogenen Verflechtungsprozessen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich aus, wodurch mehr oder weniger automatisch internationale Regulierungsmechanismen entstünden: Freie zwischengesellschaftliche Beziehungen führten zu einer Verdichtung des transnationalen Verkehrs, der nach dem liberalistischen Minimierungsprinzip durch so wenig an internationaler Staatlichkeit wie möglich reguliert werden sollte. Mitrany und Haas unterschieden sich vor allem darin, wieviel an (internationalem) Staat sie hierbei für notwendig hielten.

Haas plädierte hier für eine politische Initiativfunktion supranationaler Organisationen, wie er es vorbildhaft in der EG-Kommission realisiert glaubte.

Die funktionalistische Theoriebildung wurde gegen Ende der sechziger Jahre, als Folge der zunehmenden Währungswirren durch den

Dollarverfall, ergänzt um Theorien zur optimalen Größe von Währungsgebieten.

Für die Versuche der intersystemaren Kooperation und Integration war in den sechziger Jahren der Liberalismus in Form der Konvergenztheorie von Bedeutung. Hier wurde behauptet, daß zunehmender Ost-West-Handel die Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs derart zu ändern vermag, daß sie sich langfristig politisch und wirtschaftlich annähern. Die Modernisierungstheorie behauptete ähnliches für das Nord-Süd-Verhältnis, u. a. aufgrund der Außenhandelsbeziehungen zwischen der ersten und dritten Welt, durch die exportorientierte Sektoren in den Entwicklungsländern entstehen würden, die Motor der Industrialisierung und Modernisierung seien.

2.3. Frühe Kritiker des liberalistischen Gleichgewichtsmodells

Hier sind vor allem zu nennen: 1. Myrdals „Teufelskreis“-Theorie, nach der bei ungünstigen Rahmenbedingungen sich selbst eskalierende Unterentwicklungs- und Suboptimierungsprozesse entstehen können und 2. Perroux' *economie dominante*. Perroux behauptet, daß es in jeder Epoche internationale wirtschaftliche Führungsmächte gibt (Niederlande, England, USA), die eine derart starke Innovationskraft entfalten, daß die anderen Staaten mehr oder weniger imperial wirtschaftlich und politisch dominiert werden.

2.4. Der Kritische Ökonomismus der siebziger Jahre

Mit den sich wieder vermehrenden Krisenerscheinungen in Industriegesellschaften sowie mit den sich verschärfenden Krisen in der dritten Welt verlor die liberalistische Theorie in den *Sozialwissenschaften der siebziger Jahre* an Selbstgewißheit. Sie wurde daher zum Teil ergänzt oder verdrängt durch marxistische, kapitalismuskritische und dependenztheoretische Ansätze:

Die Imperialismus-Theorien früherer Zeiten wurden revitalisiert. Außenhandel sei Ausbeutung der weniger industrialisierten, peripheren Gebiete der Welt zugunsten der kapitalistischen Zentren, weil die Handelsbeziehungen durch folgende Phänomene und Strukturen verzerrt würden:

- ungleicher Tausch nach der Arbeitswertlehre von Marx
- monopolistische oder oligopolistische Wirtschaftsvorteile einer Seite
- unterschiedliche Verhandlungsmacht
- technologischer Vorsprung der Industrieländer
- fallende terms of trade

In diesem Kontext sind auch die Dependenzansätze sowie der Weltsystemansatz Wallersteins zu nennen, die beide, generell gesprochen, von einer Verzerrung weltwirtschaftlicher Strukturen zugunsten der kapita-

listischen Zentren und zu Lasten der vormals kolonialen Peripherien ausgehen.

In der integrationstheoretischen Debatte spiegelt sich dieser kritische Ansatz in drei unterschiedlichen Perspektiven wider:

1. Es wird behauptet, die EG z. B. sei ein relativ stabiles Gebilde, da sich in ihr internationale Zentralisationsprozesse des Kapitals reproduzierten und da sie eine Gegenmacht zum US-Kapital bilde. Die zuletzt genannte These wurde als „Gegen-Imperialismus“-These von Mandel bekannt: Die EG sei zur Abwehr des US-Kapitals geschaffen und ausgebaut worden und sei selbst imperialistisch aktiv vor allem gegenüber den Entwicklungsländern des der EG assoziierten afrikanischen Kontinents.
2. These: Die EG bleibt fragil, da das Wertgesetz auf internationaler Ebene weiter gelte und damit auch die Konkurrenz der (weiterhin nationalstaatlichen) Kapitale („Berliner Schule“).
3. These: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Deppe) behauptete, daß es zwar Internationalisierungsprozesse gäbe, aber stets von der sicheren Basis des Nationalstaates aus, die die Kapitale nicht zu verlassen bereit seien, denn nur diese hätten das notwendige Repressionspotential zur Verhinderung antikapitalistischer Strömungen.

Unter diesen Ansätzen ist integrationstheoretisch von dauerhaftem Interesse die Diskussion um Integrationsprozesse zwischen Staaten der dritten Welt, wie sie im Rahmen der Abkoppelungs-Debatte geführt wurde. Sind die Länder der dritten Welt überhaupt zur Integration fähig? Ist der dortige Nationalismus nicht unabwendbarer Bestandteil des nationbuilding-Prozesses? Sind auch die dann integrierten Märkte nicht immer noch zu klein für die notwendigen Industrialisierungsprozesse? Was sollen die Integrationspartner wirtschaftlich tauschen: veraltete Maschinen gegen Rohstoffe, die man schon selber hat? Sind die wirtschaftlichen und kulturellen Differenzen zwischen den Staaten der dritten Welt nicht zu groß (dritte vs. vierte Welt)?

In der nicht-kapitalismuskritischen Integrationsforschung wurde der ökonomische Automatismus-Gedanke abgelöst von diversen systemtheoretischen Integrationstheorien. Sie betonten nun, daß Integrationsprozesse nur erfolgreich ablaufen können, wenn sie in möglichst allen Bereichen eines Sozialsystems zugleich stattfinden: im politischen Bereich, im ökonomischen, im kulturellen und sozialen Bereich (Nye, Etzioni).

Zudem wurden die konkreten Entscheidungsmechanismen in der EG genauer analysiert, um Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, warum und unter welchen Bedingungen Integrationsprozesse scheitern oder gelingen. Unterschiedliche Entscheidungsstile wurden herausgearbeitet: Inkrementale Entscheidungsprozesse, muddling through, Koalitionsbildung usw. Auch kamen die Kosten von Integrationsprozessen für bestimmte interne oder externe Gruppen, Schichten und Regionen in den Blick. Vor allem negativ tangierte externe Akteure können einen Integrationsprozeß erheblich beeinträchtigen. Der Kostenbegriff ist

dabei nicht nur im Sinne objektiv entstandener Kosten zu verstehen. Ein Integrationsprozeß kann auch dann schon gehemmt werden, wenn solche ggf. gar nicht vorhandenen Kosten in der Bevölkerung oder bei den Eliten vermutet werden, bzw. wenn eine ungleichmäßige Aufteilung der Kosten wahrgenommen wird.

Auch gewann in den siebziger Jahren die Interdependenztheorie in der integrationstheoretischen Debatte an Bedeutung. Dieser Ansatz geht nur noch von der engen Verflochtenheit und wechselseitigen Verletzbarkeit sowie wechselseitigen Sensitivität der Industriewirtschaften des Westens aus, ohne daß es gemeinsame autoritative Institutionen zur Regulation der Interdependenzen gibt. Was bleibt, sind internationales Krisenmanagement und gemeinsame Problemlösungen. Auf jeden Fall müssen die Regierungen infolge dieser transnationalen Verflechtungen und als Folge der wachsenden Bedeutung von internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen bei ihren nationalstaatlichen Politikprogrammen immer mehr aufeinander Rücksicht nehmen, sollen sie sich nicht in ihren Wirkungen gegenseitig aufheben oder zunichte machen (Cooper).

2.5. „Bürgerliche“ Wirtschafts- und Außenhandelstheorie in den siebziger Jahren

Die Entwicklung der Außenhandelstheorie dieser Zeit ist geprägt vom allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Wechsel weg vom Keynesianismus und hin zum Monetarismus:

Die keynesianische Wirtschaftsstrategie war primär binnenmarkt-orientiert, der Außenhandel war nicht zentral, da die Konjunkturschwankungen im Sinne von Keynes ja staatlicherseits durch eine Regulierung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage stabilisiert werden sollten.

Dieses Konzept scheiterte u. a. daran, daß es Mitte der siebziger Jahre zu starken Inflationserscheinungen führte, die die Exportfähigkeit insbesondere der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen drohten. Die monetaristische Gegenposition zum Keynesianismus betonte daher die Notwendigkeit einer restriktiven Geldmengenpolitik seitens der Notenbanken, um solche inflationären Tendenzen im Interesse der Exportfähigkeit einzudämmen. Was die Bundesrepublik betrifft, ist der Monetarismus eine Theorie zur Erhaltung der Exportfähigkeit.

3. Tendenzen zu einer „politizistischen“ Wende in der Außenwirtschafts- und Integrationstheorie infolge anhaltender struktureller Krisen der Weltwirtschaft

Die Diskussion der achtziger Jahre möchte ich unter vier Stichworte stellen: 1. Aufkommen eines Neo-Merkantilismus; 2. Änderungen im

Nord-Süd-Handel; 3. Neue Politische Ökonomie; 4. Geschichte und Theorie der Außenwirtschaftsbeziehungen.

ad 1) Neo-Merkantilismus

Die u. a. von Gilpin entwickelte Neo-Merkantilismus-Theorie behauptet, daß der Staat von heute mit einer Exportwirtschaft konfrontiert sei, die angesichts der wachsenden internationalen Konkurrenz auf staatliche Förderung drängt – und sie auch erhält, in Form von Forschungsgeldern, Zöllen, Subventionen, oder Währungsmanipulationen (Unterbewertung einer Währung). Darüberhinaus werde der Staat mit sozialen Ansprüchen der Bürger belastet, die dieser – um seine Legitimität zu sichern – nur durch eine merkantilistische Forcierung des nationalen Exportes befriedigen könne, ohne analog wegen der Furcht vor der internationalen Konkurrenz den Import zu erhöhen. So wird ja üblicherweise der Merkantilismus definiert. Bei wirtschaftlich schwachen oder unterentwickelten Staaten manifestiert sich diese Entwicklung als offener Protektionismus.

All dies führt zu einer wachsenden Bedeutung des Nationalstaates sowohl im Außenhandel als auch in Integrationsprozessen und zu einer gewissen Desintegration der Weltwirtschaft.

Liberalisierungsphasen in der Weltwirtschaft werden eher als Ausnahme betrachtet, nämlich für den Fall, daß eine hegemoniale Macht, wie z. B. die USA und früher England, liberale weltwirtschaftliche Spielregeln durchzusetzen vermag. Außenhandelsliberalisierung wird hier – wohlfahrtsökonomisch – als öffentliches Gut konzeptualisiert, das vom Hegemon bereitgestellt und verteidigt wird.

Um merkantilistische Reaktionen zu verhindern, wird nicht nur die Bedeutung von Hegemonialmächten hervorgehoben, ebenso wichtig ist die politische und sozioökonomische Transformations- und Umstrukturierungskapazität einer nationalen Gesellschaft, ob sie es nämlich schafft, sich gemäß der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu wandeln, oder ob sie in den Protektionismus und damit langfristig in die außenpolitische Isolierung flüchtet, mit der Konsequenz, daß man sich aus dieser Isolierung dann meist durch außenpolitische Aggressivität zu befreien versucht, wie nicht zuletzt die deutsche Geschichte gezeigt hat. Das ist dann wiederum eine Frage der Lernfähigkeit von Systemen, Eliten und Bevölkerungen.

Unter dieser merkantilistischen Perspektive werden nun die Phänomene der internationalen Wirtschaftsbeziehungen vermehrt gesehen: Bei den Multis wird die nationalstaatliche Basis hervorgehoben sowie die Tatsache, daß multinationale Unternehmen nicht nur als ökonomisches, sondern auch als politisches Phänomen zu betrachten sind, denn sie ersetzen den internationalen Markt durch interne politisch-herrschaftliche Organisationsformen.

Integrationsprozesse bestehen aus dieser Perspektive vor allem in der intergouvernementalen Koordination der Interessen von Nationalstaaten. In diesem Kontext ist eine gewisse Wiederbelebung des Realismus sowie des Föderalismus der fünfziger Jahre zu verzeichnen.

In föderalistischer und realistischer Sicht sind Integrationsprozesse

nur dann erfolgreich, wenn die Integration auch von den nationalen Eliten und Bevölkerungen bewußt (macht)politisch gewollt wird. Denn Integrationsprozesse – sollen sie gelingen – bedürfen in periodischen Abständen qualitativer Sprünge, die sie dem Integrationsziel durch *politische* Entscheidung näherbringen. Die funktionale Anhäufung von vielen technokratischen Einzelentscheidungen braucht nicht unbedingt den Integrationsprozeß voranzubringen.

Bei Integrationsprozessen ist – so wird weiterhin zu bedenken gegeben – das Problem der Trittbrettfahrer zu lösen. Diese Frage wird nach der Theorie kollektiver Güter, gemäß Olsons Rationalitäts- und Gruppenkonzept oder gemäß des Konzepts von Kosten-/Nutzen-Kalkülen angegangen. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage einzuordnen, ob der EG-Integrationsprozeß in abgestufter Form nur bei Teilnahme eines Teils der Mitglieder fortgeführt werden soll. Kehrseite dieser Frage ist das vieldiskutierte Problem, ob die Bundesrepublik eine wirtschaftliche Vormacht in der EG ist, die zum Teil desintegrierend wirke.

Zum Teil werden Integrationsprozesse zwischen westlichen Industriegesellschaften lediglich in der informellen Form internationaler Regime als realistisch betrachtet, die nur noch auf lockeren Vereinbarungen zwischen den nationalen Entscheidungsträgern beruhen (Beispiel: Weltwirtschaftsgipfel).

R. N. Rosecrance spricht in seinem neuesten Werk vom „Handelsstaat“, der zwar außenhandelsliberal sei und darin – wie früher die Hansestädte – auch seine soziale zivile und nicht-militärische Identität finde, aber doch immerhin zentral Nationalstaat bleibt.

ad 2) Änderungen im Nord-Süd-Handel

Nachdem aufgezeigt wurde, daß die Unterentwicklung der Entwicklungsländer nicht nur vom Außenhandel bedingt ist, widmet man sich zunehmend den binnenpolitischen Ursachen der weltwirtschaftlichen Probleme der Zeit, wie Verschuldungskrise, Protektionismus usw. Auch politische Fehlreaktionen, Fehlperzeptionen und falsche Verhaltensweisen der Eliten in Nord und Süd werden nun als Erklärungsgrund angeführt: Luxus-Eliten des Südens verwenden Deviseneinnahmen nicht optimal und d. h. unproduktiv, zu bloß konsumtiven oder infrastrukturellen Zwecken; Eliten und Bevölkerungen des Nordens stemmen sich gegen weltwirtschaftlich bedingten Strukturwandel, internationale Märkte werden vermachtet und der Außenhandel bilateralisiert.

ad 3) Neue Politische Ökonomie

Die Neue Politische Ökonomie (B. S. Frey) versucht, auch den Welt-/Außenhandel politisch-mathematisch zu erklären (z. B. Entstehen von Zöllen als Gleichgewichtspreis auf einem politisch-ökonomischen Markt, im Gegensatz zur klassischen Nationalökonomie, die Zölle nur verurteilt, ihr Entstehen aber nicht erklären konnte). So wie die Nationalökonomie vom steten Streben der Marktpartner nach Gewinnmaximierung und Kostenminimierung ausgeht, geht die Politische Ökonomie vom steten Streben der Entscheidungsträger nach Stimmen-

maximierung aus. Mit diesem Ansatz kann das Aufkommen von Protektionismus z. B. als Resultat eines Zwei-Parteien-Wettbewerbs gedeutet werden, indem der Zoll die Wahlstimmen maximiert. Die Konstellation dieses Wettbewerbs wird methodisch mit der Spieltheorie erfaßt. Der Politischen Ökonomie eines B. Frey haftet aber noch – wie der Nationalökonomie – der mathematisch-abstrakte Modellplatonismus an, der von den historischen Gegebenheiten abzusehen können meint. Zudem liegt dieser Art von Politischer Ökonomie die problematische nationalökonomische Annahme zugrunde, daß politische Akteure nur bestrebt sind, ihr Stimmenpotential in Wahlen zu maximieren.

Diese Beschränkung versucht Lehnbruchs Verbandstheorie des Außenhandels zu überwinden, der Außenhandelspolitiken durch den Einfluß und das Wirken von nationalen Verbandsinteressen und deren Konstellationen erklärlich machen will.

Ähnlich sind die Bemühungen, politische Systeme mit Außenhandelsystemen zu parallelisieren, zu beurteilen. Zu erwähnen sind hier die Analysen von Katzenstein zum Verhältnis innenpolitischer Strukturen zu außenwirtschaftlichen Strategien: Staatskapitalismus in Japan führt zu Merkantilismus usw.

ad 4)

Damit kommen wir zum letzten Punkt: Geschichte und Theorie der Außenwirtschaftsbeziehungen.

Die Zahl historisch-sozialwissenschaftlicher Studien zur Geschichte der deutschen Außenwirtschaftspolitik nimmt zu, sowohl bei Historikern als auch bei Politikwissenschaftlern. Damit werden Grundlagen geschaffen, auf der überhaupt erst eine politikwissenschaftliche Theoriebildung zur Außenwirtschaftspolitik aufbauen kann. Die historische Forschung bietet hierzu genügende, schon theorie-orientierte Ansätze, z. B. hinsichtlich der Frage des Verhältnisses zwischen Politik und Wirtschaft beim deutschen Osthandel, oder der Frage, ob der Marshall-Plan wirklich den deutschen Wiederaufschwung initiiert hat (M. Knapp). Weitere Fragen sind: Warum kam es in bestimmten Phasen der deutschen und österreichischen Geschichte zum Aufbau eines hochprotektionistischen Systems? Wie wirkte der Protektionismus außenpolitisch? usw.

Diese historische Grundlagenforschung fortzusetzen, sollte die Aufgabe der Zukunft in diesem Themenfeld sein, um derart die Grundlagen einer außenwirtschaftspolitischen Theoriebildung zu schaffen. Dabei ist darauf zu achten, daß Außenwirtschaftspolitik heutzutage kein isolierbarer Politikbereich mehr ist, sondern als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Strategie begriffen wird, durch die eine nationale Wirtschaft mit den Mitteln von Forschungs- und Strukturpolitik den sich wandelnden Verhältnissen des Weltmarktes angepaßt werden soll.

Analoge geschichtswissenschaftliche Bemühungen sind in der integrationstheoretischen Forschung vonnöten, wo es vor allem darauf ankommt, die nationalstaatlichen Politiken in der EG näher zu untersuchen. Derart kommt man vielleicht der Beantwortung der Frage näher,

unter welchen Bedingungen nationalstaatliche Akteure integrationswillig agieren und reagieren und unter welchen Bedingungen nicht. Bisherige Integrationstheorien haben die Ursprünge des Integrationsprozesses, die ja nur im nationalstaatlichen liegen können, vernachlässigt.

Bei den historischen Untersuchungen wird genauestens zwischen Systemebenen und Politikbereichen zu differenzieren sein. Je nach Systemebene (regional, national, international, usw.) und Politikbereich (Sicherheits-, Sozialpolitik, usw.) werden Außenwirtschafts- und Integrationspolitik unterschiedlich ausgestaltet sein.

Choucri bietet ein erstes Konzept, wie hierbei das Verhältnis von Außenwirtschaftspolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen konzeptualisiert werden könnte: Die Politik bietet die Zielorientierung und den institutionellen Kontext, innerhalb dessen die ökonomischen Prozesse ablaufen können. Von besonderem Interesse sind hierbei mögliche eigendynamische Entwicklungen, wenn die eine Seite dieser Beziehungen die andere in ihrem Handeln präformiert. Aufgrund bisheriger Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Außenwirtschaftspolitik kann die Vermutung geäußert werden, das in Anfangsphasen der Beziehungen zwischen zwei Staaten das macht- und außenpolitische Moment dominant ist, das auch den beiderseitigen Außenhandel initiiert und forciert. In einem fortgeschrittenen Stadium werden diese Wirtschaftsbeziehungen jedoch so eigendynamisch, daß sie selbst bei negativer außenpolitischer Entwicklung aufrechterhalten werden können.

Anmerkung

1 Das gilt auch für: H. Luckenbach (Hrsg.), *Theorie der Außenwirtschaftspolitik*, Berlin/Heidelberg 1979

Literatur

- Choucri, N., *International Political Economy: A Theoretical Perspective*, in: Holsti, O. R. u. a. (Hrsg.), *Change in the international system*, Colorado, S. 103–129
- Cooper, R. N., *The Economics of Interdependence: Economic Policy in the Atlantic Community*, New York 1968
- Deppe, F. (Hrsg.), *Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration*, Köln 1976
- Etzioni, A., *Political Unification*, New York 1965
- Frey, B. S., *Internationale Politische Ökonomie*, München 1985
- Gilpin, R., *War and Change in World Politics*, Cambridge 1981
- Haas, E. B., *The Uniting of Europe – Political, Social and Economic Forces 1950–1957*, London 1958
- Hirsch, S., *Location of Industry and international Competitiveness*, Oxford 1961
- Holsti, K. J., *Change in the International System: Interdependence, Integration, and Fragmentation*, in: Holsti, O. R. u. a. (Hrsg.), *Change in the International System*, Colorado 1980, S. 23–54

- Horn, E.-J., *Technologische Neuerungen und internationale Arbeitsteilung*, Tübingen 1976
- Hufbauer, G. C., *Synthetic Materials and the Theory of International Trade*, London 1966
- Katzenstein, P. J., *Between Power and Plenty*, in: *International Organization*, Bd. 31/4
- Lehmbruch, G., *Interest groups, government and the politics of protectionism*, in: *Außenwirtschaft*, Bd. 41, S. 111–140
- Lemper, A., *Handelstheorie als Erfahrungswissenschaft*, München 1975
- Leontief, W., *Domestic Production and Foreign Trade. The American Capital Position Reexamined*, in: *Proceedings of the American Philosophical Society*, 1953
- Lorenz, D., *Dynamische Theorie der internationalen Arbeitsteilung*, Berlin 1967
- Mandel, E., *Die EG und die Konkurrenz Europa – Amerika*, Frankfurt a. M. 1968
- Mitrany, D., *The Prospect of Integration: Federal or Functional*, in: Groom, A. J. R./Taylor, P. (eds.), *Functionalism*, London 1975
- Myrdal, G., *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen*, Stuttgart 1959
- Nye, J. S., *Peace in Parts – Integration and Conflicts in Regional Organizations*, Boston 1971
- Olson, M. jr., *Die Logik des kollektiven Handelns*, Tübingen 1968
- Perroux, F., *Feindliche Koexistenz*, Stuttgart 1958
- Posner, M. V., *International Trade and Technical Change*, in: *Oxford Economic Papers*, Bd. 13, S. 323 ff.
- Rose, K. (Hrsg.), *Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen*, Köln/Wien 1971, III. Auflage
- Rosecrance, R. N., *Der Handelsstaat*, Frankfurt a. M. 1988
- Vernon, R., *International investment and international trade in the product cycle*, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Bd. 80, S. 2 ff.
- Viner, J., *Professor Taussig's Contribution to the Theory of International Trade*, in: *Explorations in Economics: Notes and Essays Contributed in Honor F. W. Taussig*, New York 1936
- Wallerstein, I., *The Capitalist world-economy*, Cambridge 1979